

Der Berg kreite - und gebar eine Maus

Nichts wäre besser geeignet, die Bildung der neuen schwarzblauen Regierung zu charakterisieren, als dieses lateinische Sprichwort. Wer an die Bildung der seit geraumer Zeit ersten Regierung ohne sozialistische Beteiligung große Erwartungen geknüpft hatte, wurde durch die bisherigen programmatischen Ankündigungen vermutlich herb enttäuscht.

Bei aller Kritik positiv zu vermerken, ist immerhin das hohe Maß an Professionalität, mit der die Koalitionäre die Verhandlungen führten und in beachtlich kurzer Zeit mit einem Ergebnis aufwarten konnten, das sogar vor dem gestrengen Urteil des Bundespräsidenten Van der Bellen, der ja bekanntlich kein Freund der Blauen ist, Bestand hatte. Offensichtlich wurden im Zuge der Koalitionsverhandlungen Konsultationen mit der Hofburg (dem Amtssitz des Bundespräsidenten) gepflegt, um allfällige Peinlichkeiten abzuwenden. Immerhin hat das Staatsoberhaupt das Recht, bestimmten Personen die Angelobung als Minister zu verweigern. Darauf wollten es beide Seiten nicht ankommen lassen. So bekleidet etwa den sensiblen Posten des Außenministers die zwar von der FPÖ nominierte Ex-Diplomatin, vielfache Buchautorin und Nahostexpertin Karin Kneissl, die aber keinerlei Bindungen zu dieser EU-kritischen Partei aufweist.

Im Bereich von Immigration und Sozialmissbrauch ist mit etwas Bewegung in die richtige Richtung zu rechnen, da es hier um Kernanliegen der erstarkten Freiheitlichen geht.

Viel mehr Blumen lassen sich der neuen Regierung fürs Erste allerdings beim besten Willen nicht streuen. Denn die im Wahlkampf von ÖVP und FPÖ angekündigten Vorstoe zur Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft bei den beruflichen Standesvertretungen, zur Aufwertung direktdemokratischer Elemente, zur Stärkung des Subsidiarittsgedankens und zu einer mit freiem Auge als solche erkennbaren Steuerreform, wurden entweder schon wieder begraben, auf die lange Bank geschoben oder derart vage formuliert, dass daraus wohl schwerlich etwas Rechtes werden wird.

Das darf indes nicht verwundern, denn Österreich ist ein im schlechtesten Sinn des Wortes *konservatives* Land. „*Des hamma immer scho´ so g´macht*“ und „*Da könnt´ ja a jeder kommen*“, bilden den Kernbestand der alpenländischen Politikultur. Im Zweifel bleibt immer alles beim Alten. Jede namhafte Veränderung gewohnter Gegebenheiten und Rituale, gerät zum gefährlichen Abenteuer. Wer es etwa wagt, eine Verwaltungs- oder Pensionsreform anzupacken, die diesen Namen tatsächlich auch verdient, riskiert, schon ein paar Tage später als politische Leiche donauabwrts zu treiben. Wer die „wohlerworbenen Rechte“ der zahlreichen Privilegienritter im Lande Metternichs (Beamte, Mitarbeiter der im Dunstkreis des Leviathans werkelnden Betriebe – allen voran die des staatlichen Rundfunks, Kammerbedienstete und Bürokraten in den Sozialversicherungen, etc.) anzutasten beabsichtigt, stot schnell auf den entschlossenen Widerstand gewerkschaftlich bestens organisierter Whlerscharen. Das könnten sich zwar die Freiheitlichen, die von roten, schwarzen und rotschwarzen Regierungen jahrzehntelang erfolgreich von steuerfinanzierten Futtertrgen ferngehalten wurden und hier daher nichts zu verlieren haben, nicht aber eine „staatstragende“ Partei wie ÖVP leisten, die unter den Genannten ihre, neben ein paar Bauern, verbliebene Kernwählerschaft versammelt.

Die Macht des Faktischen und die Tyrannei des Status quo, limitieren den Spielraum der neuen Regierung auf ein Minimum. Das gewaltige Ausmaß der Staatsschulden, zwingt nämlich einerseits zur budgetären Mäßigung, verhindert andererseits aber den angekündigten „großen Wurf“ zur Entlastung der Steuerzahler. Außerdem formieren sich bereits von den Medien unterstützte Oppositionskrfte, die vor einer „ungerechten“ Entlastung der „Reichen“ warnen. Am Ende werden sich, so steht zu fürchten, wieder diejenigen, die schon jetzt keine direkten Steuern bezahlen, aus Gründen der „sozialen Gerechtigkeit“ ber die Ausbezahlung von Negativsteuern freuen dürfen. Ein

deutliches Signal an die Selbständigen und „Besserverdiener im Lande, die seit Jahrzehnten fiskalisch gnadenlos über den Tisch gezogen werden, war bislang jedenfalls nicht zu erkennen.

Die traditionell linkslastigen Medien – insbesondere der dunkelrote ORF – werden sich konsequent als zuverlässige Opposition positionieren und kein gutes Haar an den von der neuen Regierung auf den Weg gebrachten Vorhaben lassen – welche auch immer es sein mögen.

Ob die größeren Gefahren für den smarten Jungstar Sebastian Kurz in seiner neuen Rolle als Kanzler, eher von den „Außenfeinden“ der inner- und außerparlamentarischen Opposition, oder doch eher von Heckenschützen aus den strukturkonservativen Reihen der eigenen Partei drohen, muss sich erst herausstellen. Kurz wäre nicht der erste ÖVP-Chef, der von seinen eigenen Parteifreunden abmontiert wird.

Die außerparlamentarischen Kräfte sind anno 2017 jedenfalls erheblich schwächer als noch im Jahr 2000, als Kanzler Schüssel die gesamte, damals stark rotgefärbte, EU gegen sich hatte und wegen wütender Proteste unterirdisch zu seiner Angelobung schreiten musste. Jetzt dagegen, sorgten gerade einmal 5.500 Demonstranten mit ebenso intelligenten, wie originellen Parolen à la „*Klassenkampf statt Vaterland*“ oder „*Strache, Basti, raus*“, für Krawall. Ein guter Teil davon übrigens eher unpolitische Schüler, die von linken Schuldirektoren und Lehrern als Regimekritiker instrumentalisiert wurden - ein Skandal der besonderen Art. Die Nerven der Volksfront liegen blank, wie es scheint.

Einen Tag nach ihrer Angelobung, ist es naturgemäß verfrüht, ein seriöses Urteil über die Politik der Regierung abzugeben. Immerhin ist es als positiv zu werten, dass es keine rote Beteiligung gibt. Inwieweit allerdings die Sozialisten in den nun die Regierung stellenden Parteien, die vielen notwendigen Reformen unterbinden werden, bleibt abzuwarten. Jeder Schritt in die richtige Richtung, ist besser als gar nichts. Als Libertärer in Österreich ist man ja mittlerweile sehr bescheiden geworden.

a.toegel@atomed.at